

## Realitätsverweigerung

### **Erfolge auf allen Gebieten der Realitätsverweigerung**

*Von Systemparteien, Systemmedien, Coronaverbrechen,  
Klimalügen und selbsternannten Eliten*

Noch bevor die neue Landesregierung der Steiermark, die – ausgenommen die Jörg Haider-Regierungen in Kärnten – bisher erste österreichische FPÖ-Landesregierung der Zweiten Republik einen einzigen Tag lang im Amt war, wurden von ihr schon mehr Vorlagen für Kabarettprogramme und Karikaturen produziert als von Vorgängerregierungen in deren gesamten Legislaturperioden. Die tragenden Säulen ihres von 2024 bis 2029 reichenden Programms sind u.a. ein Gender- und Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst, ein Deutschsprechgebot in Unterrichtspausen und die Förderung der Wirtshauskultur, ein Bekenntnis zu Weihnachten und Ostern, zur Landeshymne und zum Landesfeiertag sowie zu mehr Straßen, weniger Tempobegrenzungen und Belastungen für alle, die mit dem Auto unterwegs sind. In der Kultur stützt sich die steirische FPÖ-Landesregierung auf Volkskultur und Brauchtum sowie auf die eineinhalb- bis zwei Jahrhunderte alten Landeskulturgrößen Erzherzog Johann und Peter Rosegger. Die ersten 17 ihrer insgesamt 24 Kulturvorhaben sind der Heimatkultur bzw. der Traditions- und Heimatpflege gewidmet, bei drei bis vier der restlichen Punkte ist nicht ausgeschlossen, dass Angelegenheiten der künstlerischen und kulturellen Gegenwart ebenfalls in irgendeiner Form zu den Kunst- und Kulturvorhaben der steirischen Landesregierung zählen.

Sehr viel über den wirtschaftlichen Zustand des Landes und das Aussehen des Landesbudgets konnte die neue steirische Landesregierung bei der Präsentation ihres Regierungsprogramms noch nicht sagen, dazu kam sie zu schnell zustande, und so konnte sie auch erst viele Wochen später ein doppelt so hohes Haushaltsloch feststellen, als sie zunächst angenommen hatte. Es passt ganz ins Bild, dass – trotz des von seiner eigenen Partei erzwungenen Rücktritts des ÖVP-Parteibmanns und Verhandlers auf ÖVP-Seite, Christopher Drexler, am Tag vor der Präsentation des gemeinsamen Programms – die Koalitionsvereinbarung die Unterschrift Drexlers trägt und er ohne repräsentative Vertretung seiner Partei der Garant für die Einhaltung der Vereinbarung auf ÖVP-Seite ist.

Die Botschaft der beschleunigten steirischen Regierungsbildung war klar: „Hersehen, liebe Österreicherinnen und Österreicher und alle, die hier leben“, bzw. FPÖ-entgendert: „Hersehen, liebe Österreicher, wie schnell sich FPÖ-ÖVP-Regierungen bilden können und wie sich Regierungsverhandlungen der ÖVP mit der SPÖ und den NEOS in die Länge ziehen“, die, nicht dazu gesagt, vor allem wegen der Schwierigkeiten, drei relativ weit auseinander liegende Wahl- und Wirtschaftsprogramme unter einen Hut bringen zu müssen und der Finanzplanung so lange dauerten und letztlich genau daran scheiterten.

Auch die Botschaften der erhöhten Heißluft-Aktivitäten der in Niederösterreich mitregierenden FPÖ stellten sich in den Dienst der größeren Erzählung der stets zügigen, erfolgreichen Umsetzung von FPÖ-Plänen. Im gefühlten Stundentakt jagte eine Erfolgsmeldung der niederösterreichischen FPÖ die andere. Auf den „Heimat-Advent“, zu dem sie einlud, um „die Werte hochzuhalten“, folgte die Aberkennung einer österreichischen Staatsbürgerschaft wegen der trotz seines Eides auf Österreich geleisteten Mitsingverweigerung eines Neo-Staatsbürgers beim Spielen der Bundeshymne. Und egal, ob die ÖVP die größere oder die kleinere Partei in einer Regierung ist, die FPÖ sieht sich in der Führungsrolle, und die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner muss trotz deutlicher Mehrheit der ÖVP in der Regierung jedes Mal schneller sein, mit dem, was sie sagt, bevor die FPÖ etwas dazu sagen wird. Ist die FPÖ früher dran damit, dann ist es nur noch der Erfolg der FPÖ. Abgesehen von der generellen Überzeugung der FPÖ, dass ihre Koalitionspartner und alle anderen Parteien, wenn sie erfolgreich sein wollen, ohnehin nur ihre Politik einlösen können.

Bereits vor diesen Erfolgsmeldungen rund um die Steiermark- und Nationalratswahl konnte die ÖVP-FPÖ-Regierung in Niederösterreich Erfolge auf allen von der FPÖ angesprochenen Gebieten der Realitätsverweigerung verzeichnen: Mit einem „Genderverbot“, das darin besteht, dass sich die niederösterreichische Landesregierung in Amtspapieren an das für amtliche Schreibungen gültige amtliche Rechtschreibregelwerk hält, an das sich sonst niemand halten muss. Mit einer „Wirtshausprämie“ für heimisches Kochen, die dem Gasthaussterben ein Ende setzen soll, das vor allem eine Folge der weiter uneingeschränkt vor sich gehenden Bodenversiegelung durch die Errichtung von Gewerbegebieten, Einkaufszentren und von noch mehr und breiteren Straßen zur besseren Erreichbarkeit von Einrichtungen mit dem PKW außerhalb des eigenen Ortes ist. Und schließlich und endlich mit einem „Corona-Hilfsfonds“, aus dem u.a. Strafen für Nichtbefolgung von Corona-Maßnahmen zurückgezahlt werden und der sich genauso befreundeten Anti-Coronamaßnahmen-Vereinen außerhalb Niederösterreichs für Unterstützungen nicht verschließt. Diesem Erfolgsbeispiel, wie man die Nichteinhaltung von Maßnahmen nachträglich legitimiert und zur staatsbürgerlichen Tugend erklärt und die Einhaltung von Maßnahmen zu den Zeitpunkten ihrer Verfügung zu Akten staatsbürgerlicher Verblödung, folgt jetzt auch die Steiermark. Es ist ebenso das Vorhaben einer von der FPÖ geführten Koalitionsregierung im Bund, in diesem Fall pikanterweise mit denjenigen, von denen diese Maßnahmen stammen und/oder die sie mitgetragen haben und deren dafür Verantwortliche von der FPÖ bis noch vor kurzem als auf ihren Fahndungslisten stehende „Coronaverbrecher“ titulierte wurden.

Funktioniert eine Erzählung nicht so reibungslos, wie sie in die Welt gesetzt wurde, wird sie blitzschnell umerzählt und aus einer Hymnenmitsingverweigerung ein Problem mangelnder Deutschkenntnisse gemacht, obwohl gerade zuvor noch betont wurde, in dieser Hinsicht habe der neue österreichische Staatsbürger alle Voraussetzungen erfüllt. Bei einer solchen Gelegenheit wird natürlich nicht vergessen zu sagen, dass die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, die man nach 10 Jahren Daueraufenthalt (ausgenommen vorzeitige Einbürgerungen bei besonderer Bedeutung) bekommen kann (in Deutschland und Italien nach 3 bis 5 bzw. 6 Jahren, in Ungarn nach 8 Jahren), ein „Privileg“ ist, wenn nicht vielleicht sogar eine „Gnade“, und dass man die alte dabei verliert. Kein Wort muss selbstverständlich darüber fallen gelassen werden, dass die 183 Nationalratsabgeordneten bei ihrer feierlichen Angelobung, bei der die Bundeshymne gespielt wird, diese allesamt nicht mitsingen, sondern ihr nur stehend beiwohnen.

Das Allerschlimmste an dieser, ausschließlich ereignisarme bis ereignislose Nachrichten – die nicht einmal Nachrichten, sondern zwischen politischem Klatsch, Kitsch, Klamauk und Realsatire hin- und herwandernde Banalitäten sind – produzierenden Politik ist, dass es offenbar niemand mehr für möglich hält, dass sich politische Äußerungen mit der Realität in irgendeiner Weise decken müssen oder sollten bzw. ernst zu nehmen sind. Es existiert ein widerspruchsloses Nebeneinander von Feststellungen wie denen des oberösterreichischen FPÖ-Landeshauptmannstellvertreters Manfred Haimbuchner, dass „Jäger auf Rot- und auf Schwarzwild gehen“, wozu er ihnen „Waidmannsheil“ wünscht, und alle aus der Rot- und Schwarzwildfraktion sitzen mit ihm weiterhin ohne zu mucksen oder zu murren gemeinsam in einer Regierung und im Landtag. Es kann auch der Obmann der FPÖ Herbert Kickl im Wahlkampf von einer „Fahndungsliste“, sprechen, auf die er seine politischen Gegner gesetzt hat, und alle, bis auf einzelne Störenfriede, treten trotzdem bei der konstituierenden Sitzung und Angelobung des Parlaments in feierlicher Stimmung und schönster Harmonie Seite an Seite mit ihm die neue Legislaturperiode an.

Bei soviel Fingerspitzengefühl und Sachverstand können auch andere nicht mit ihrem Wissen hinter dem Berg halten. In den Auseinandersetzungen um den ORF im und nach dem Nationalratswahlkampf 2024 unterbreitete der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp seinen Vorschlag zur ORF-Finanzierung, der ORF solle sich wie die Filmdatenbank Netflix über Abonnements finanzieren, und der Kärntner FPÖ-Obmann Erwin Angerer glaubte Ende des vergangenen Jahres zu wissen, der Mangel an Arbeitskräften in den Kindergärten bestünde deshalb, weil Kindergärtnerinnen als „Kindergartenpädagoginnen“ bezeichnet würden und nicht mehr als „Kindergartentanten“.

Welche Ausmaße die Ausblendung, Selbstverleugnung und Realitätsverweigerung annehmen kann, zeigt sich an den Ergebnissen einer von der niederösterreichischen Landesregierung zur Untersuchung der Belastung ihrer Landeshymne einberufenen geschichts- und literaturwissenschaftlichen Kommission. Die zentralen Ergebnisse dieser Untersuchung waren: 1. Der Text der Hymne ist nicht belastet, 2. Der Textdichter ist es, 3. Die Entstehungsgeschichte der Hymne muss neu geschrieben werden, sie ist nicht richtig wiedergegeben. Einem Schreiben der IG Autorinnen Autoren an die niederösterreichische Landesregierung mit der Aufforderung zur Änderung der Entstehungsgeschichte der Hymne auf der Webseite der Landesregierung wurde ein abschlägiger Bescheid erteilt, da die Kommission „keinerlei Belastung der Hymne“ festgestellt habe. Die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher singen also weiterhin eine Hymne, die nach der Darstellung der niederösterreichischen Landesregierung bereits seit 1948 als inoffizielle Hymne in Gebrauch gewesen sein soll, obwohl sie erst 1955 geschrieben wurde. Franz Karl Ginzkey, ihr Autor, war nicht nur nationalsozialistisch schwer belastet, er blieb es auch. Seine Veröffentlichungen nach 1945, wie seine Autobiographie 1948 unter Auslassung der NS-Zeit, erschienen im damals neonationalsozialistischen Stocker Verlag und bis zu seinem Tod 1963 im rechtsextremen „Eckartboten“. Ginzkey behielt also auch in den Jahren, in denen er zum Hymnenschreiber der niederösterreichischen Landeshymne wurde, zu dem ihn die Landesregierung mit der Einführung der Hymne 1965 posthum machte, seine früheren Haltungen ohne erkennbaren Gesinnungswandel bei.

Wäre bei der Nationalratswahl die ÖVP stärkste und die FPÖ zweitstärkste Partei geworden, Österreich hätte umgehend die nächste schwarz-blaue Regierung wie 2000 und 2017 auf Bundesebene und derzeit in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg bekommen. Wenn man aber nur zweitstärkste Partei wird, lässt sich so etwas nicht ohne weiteres bewerkstelligen, es steht die Kanzlerschaft und damit die führende Rolle in der Regierung zur Disposition. Solange die FPÖ den Wirtschaftsprogrammen der ÖVP zustimmt, vielmehr den Wirtschaftsprogrammen der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer, des Österreichischen Wirtschaftsbundes und der Industriellenvereinigung, und sich die FPÖ als Law-and-Order-Freiheitspartei aufspielen kann, sind jedoch genauso blau-schwarze-Kombinationen kein Problem mehr und werden diese trotz Machtverlust sicher immer noch von einem Großteil der ÖVP-Wählerinnen und -Wähler mitgetragen. Sie sind und bleiben dennoch außenpolitisch eine Richtungsentscheidung, und das bildet das weitaus größere Problem als innerösterreichische Machtverschiebungen oder Machtaufteilungen. Zuletzt hätte dann wohl Österreich mit Ungarn und der Slowakei gemeinsam sein Veto gegen Sanktionen der jüngsten russischen Anschlussregierung in Georgien eingelegt. Wobei man der FPÖ dabei keinerlei Kurswechsel vorwerfen kann, sie war schon früher die Freundschaftspartei der Heimatpartei Wladimir Putins, „Einiges Russland“, und ist es jetzt ohne Freundschaftsvertrag weiter. Man kann ihr auch nicht vorwerfen, sie hätte sich soviel anders verhalten als die Österreichische Bundeswirtschaftskammer, bei der Putin genauso gern gesehener Gast war wie bei der Österreichischen FPÖ-Außenministerin Karin Kneissl, an deren Hochzeit Putin 2018 teilnahm. Sie alle hat der Glaube an den „guten Diktator“ bzw. die „gute Diktatur“ (Putin bei seinem Besuch am 24.6.2014 über die vielen Wiederwahlen Christoph Leitls als Präsident der Österreichischen Bundeswirtschaftskammer) schon geeint, als vom Krieg Russlands gegen die Ukraine noch lange keine Rede war, aber immerhin bereits die nicht zugegebene Besetzung der Krim stattgefunden hatte. Dass genauso alle anderen den russischen Präsidenten treffen wollten und es nicht der

letzte Besuch Putins in Österreich zwischen der russischen Besetzung der Krim und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine war, macht die Sache nicht besser.

Nun sind sie alle da, die guten und die weniger guten Diktaturen, in Ungarn die Ministerpräsidentendiktatur, in Russland und in der Türkei die Präsidentendiktaturen, in der Slowakei die Links-Rechts-Nationalisten-Diktatur, in Georgien oder Weißrussland, wie schon zuvor in Tschetschenien, die Oligarchen- und/oder Putin-machts-möglich-Diktatur, und, wo sie noch nicht geschaffen werden konnten, wie in Österreich, sind sie auf dem Weg zu neuen rechten Freundschaftsachsen auf alten Feindbildpfaden.

Unverbrüchlich binnenstaatlich treu sind sich die FPÖ und die AfD in einer für die FPÖ hervorragenden Lösung, sie kann sich innenpolitisch als Österreich-Patriotin ausgeben und außenpolitisch alle Anschlussgelüste stillen. Allen Schon-oder-noch-nicht-oder-Möchte-gern-Diktaturen gemeinsam ist ihre nationalistische Ausrichtung und damit die Ausschaltung und/oder Lähmung der Europäischen Union mit immer denselben Feindbildern: den und dem „Fremden“, den „Staatskünstlern“, und allem, das die Werte und das Familienbild zerrüttet, von gleichgeschlechtlichen Beziehungen bis zu Dragqueen-Lesungen.

Einen wesentlichen Anteil am Aufstieg rechter Politik haben die digitalen Kommunikationsmöglichkeiten, angefangen von Nachrichtenportalen bis zu den sozialen Netzwerken und Plattformen, die Wahlen innerhalb kürzester Zeit entscheiden können, und die der Wiederkehr der rechtsextremen Politik zudem noch den Anstrich einer modernen politischen Bewegung geben. Es ist daher auch nicht besonders verwunderlich, dass rechte Parteien, die sich einerseits massiv gegen die „Zwangssteuern“ (die Haushaltsabgabe) für öffentlich-rechtliche Medien aussprechen, andererseits vehement für die Förderungen der von ihnen so bezeichneten „alternativen Medien“ einsetzen, die es weniger genau mit journalistischen Sorgfaltspflichten nehmen, dafür aber umso genauer mit der Parteilichkeit.

Der Mediensektor ist bei weitem nicht das einzige Gebiet, auf dem sich rechte Politik der Begriffe und Methoden der Bürgerrechtsbewegungen der 1960er und 1970er Jahre bedient, wobei die Medien dieser Jahre „Alternativmedien“ und keine „alternativen Medien“ waren und die Politik die Politik der „Alternativen“ war und keine Politik „alternativer Fakten“, und der Aktionismus zu den Mitteln der autonome Szene und nicht zu denen der rechtsextremen Gruppierungen wie der „Identitären“ gehörte. Es ist kein ganz neuer Vorgang. Bereits Mitte der 1980er- bis Mitte der 1990er-Jahre nutzte die VAPO, die „Volkstreue außerparlamentarische Opposition“, die politische Gruppierung rund um die Franz-Fuchs-Rohrbombenattentate, den Namen und die Kurzbezeichnung der „Außerparlamentarischen Opposition“ bzw. APO der linken Studentenbewegung der 1960er Jahre für sich. Bestandteile dieser Begriffsokkupationen sind weiters der aus der dem Ende der Sowjetunion und dem Mauerfall 1989 stammende, zur Charakterisierung der ersten schwarz-blauen Regierung 2000 eingesetzte Begriff „Wende“ sowie aktuell die Einschleusung von Petitionen in traditionell links-alternative Petitionsplattformen wie openPetition zugunsten rechter Politik.

Zurückgekehrt mit den digitalen Möglichkeiten ist nicht nur die politische Propaganda, derer sich genauso Politikerinnen und Politiker wie Parteien und Regierungen oder ihre Geheimdienste bedienen, ihre Rückkehr feiern auch die Parteimedien und alle Medien, die für die politische Agitation zur Verfügung stehen, allerdings nur auf der rechten Seite. Die Abkehr rechter Politik von allen anderen Medien, insbesondere in gedruckter oder analoger Form, wird auch klar und unmissverständlich zum Ausdruck gebracht. So hat der freiheitliche Parteiobmann Herbert Kickl nach dem von ihm errungenen Wahlsieg bei der Nationalratswahl 2024 dem ORF das übliche Interview mit dem Wahlsieger verweigert und stattdessen dem rechtsextremen digitalen TV-Sender AUF1 exklusiv sein Wahlsieger-Interview gegeben.

Das Besondere daran ist, niemand ist darüber entsetzt, niemand erschrickt mehr darüber, es wird von keiner Seite als noch demonstrativ radikalerer Schritt weg von einem demokratischen, pluralistischen System hin zu einem autoritären, autokratischen System alleinregierender Parteien und Einzelpersonen gesehen. Was stattdessen passiert, ist Angstklammern in krampfhaftester Vollendung: „Die Häuselbauer“ sorgen sich nicht darum, wo sie das Geld herbekommen sollen, wenn sie ihre von Extremwetterlagen zerstörten Häuser wieder aufbauen müssen, für die trotzdem noch die Kredite fällig sind, sondern fühlen sich von den ohnehin nicht auf sie zutreffenden Reichen- oder Erbschaftssteuern bedroht, „die Pendler“ haben keine Angst davor, dass ihnen ihre im Hochwasser und Schlamm verschwundenen Autos niemand ersetzt, sondern fürchten sich vor der zu hohen Mineralölsteuer und den zu den hohen Dieselpreisen, „die Bauern“ ängstigt nicht, dass ihnen Unwetter ihre Ernten vernichten und Versicherungen nicht mehr für die Schäden aufkommen, sondern dass ihnen Umweltauflagen und Einsatzverbote von Spritzmitteln ihre Ernteerträge nehmen. Die Gemeinden wiederum haben Angst, dass ihnen die Gewerbezonen genommen werden und sie um die Steuereinnahmen aus der Kommunalsteuer umfallen könnten usw. usf.

Und das alles findet in einer weltpolitischen Ausgangslage statt, von der niemand mehr sagen kann, was an den in ihr bis jetzt gültigen Spielregeln noch stimmt und was nicht. Der iranische Präsident Ebrahim Raisi, der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan und der russische Präsident Wladimir Putin konnten sich 2022 fast unwidersprochen nach rund einem Jahrzehnt Kriegseteiligung auf der Seite des syrischen Diktators Bassar al-Assad mit einer halben Million Toten und 7 Millionen Vertriebenen als „Friedenssicherer“ feiern, um nach dem Sturz Assads zwei Jahre später ohne jede Unterstützung für das Land aus Syrien wieder zu verschwinden. Wladimir Putin beweist mit seinem Krieg gegen die Ukraine seit drei Jahren, dass man Kriege, die man zu keinen Kriegen erklärt, gegen Länder, die man als eigenes Staatsgebiet ansieht, führen kann, ohne fürchten zu müssen, ernsthaft in Schwierigkeiten zu geraten. Und sollte das auch nur irgendwie in Frage gestellt werden, hat man als Atommacht seine Atomwaffen, gegenüber einem

Land, das über keine verfügt, auch noch im Köcher. Parallel dazu sind im Umfeld Putins gleich so viele Führungskräfte gestorben, dass sich genauere Betrachtungen erübrigen, wer das Opfer eines Unfalls, einer Inszenierung, eines Attentats oder einer Liquidation geworden ist. Im Nahen Osten überfällt die Hamas Israel und massakriert und entführt Israelis, ohne dass sie irgendeine staatliche Einrichtung zur Rechenschaft ziehen könnte, Israel marschiert in den Gaza-Streifen ein und bombardiert Ziele der vom Iran organisierten „Achse des Widerstandes“ der Hamas und der Hisbollah, die Israel ständig mit Raketen beschießen und beschossen haben und ihrerseits ihre Bevölkerungen den Gegenschlägen aussetzen, inklusive der Huthi, die Israel und Handelsschiffe im Roten Meer angreifen. Donald Trump nimmt seine Arbeit an seiner Unabwählbarkeit wieder auf und holt sich mit Elon Musk einen der größten digitalen Meinungsmacher und neben ihm zweiten Großsprecher und reichsten Mann der Welt als „besonderen Regierungsangestellten“ und rückt mit Klagen gegen nicht von ihm kontrollierte Medien Gegenstimmen zu seiner Wahrheit zurecht. Und sowohl Trump als auch Putin finden, es ist Zeit geworden, die Welt neu unter sich aufzuteilen, indem sich Russland wieder auf alle Staaten des alten Sowjetimperiums erstrecken und Amerika sich Kanada, das dänische Grönland, den Panama-Kanal und zuletzt auch den Gaza-Streifen, einverleiben sollte, notfalls mit Waffengewalt.

Bessere Aussichten wie 1995 durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union oder wie bei der ersten schwarz-blauen Regierung 2000 auf internationalen Beistand bestehen für Gegner von nationalistischen Bestrebungen in Österreich keine. Die Wahl besteht nur darin, welchem Nationalismus welchen Machtblocks man sich lieber angeschlossen sehen möchte, dem „Make America Great Again“-Imperialismus Donald Trumps oder dem „Russki-Mir“-Imperialismus Wladimir Putins oder – falls es zu einem weiteren Anwachsen rechter Regierungen oder Regierungsbeteiligungen in Europa kommt – dem Nationalismus der einen oder der anderen faschistischen oder rechtspopulistischen, europäischen Achse der nach Bedeutung ausgehungerten rechten Kräfte, wobei keine von ihnen an die großen Inszenierungen Trumps mit seinen stapelweise verabschiedeten Dekreten herankommt oder der Putins, der gerade wieder einmal eine seiner mehrstündigen Mich-kann-man-alles-fragen-Presskonferenzen im russischen Staatsfernsehen hinter sich hat.

Und da steht sie nun, die von ihren größten Selbstdarstellern (Trump, Putin, Musk) mit ihren Neben- und Kleindarstellerinnen (Meloni, Weidel, Le Pen) und Neben- und Kleindarstellern (Erdogan, Orban, Fico) vor allen Feinden der richtigen Lebensweisen entweder schon oder bald gerettete, auf jeden Fall geschützte Welt. Und wieder in derselben Ausgangssituation wie bei der Entwicklung des Nationalismus vor dem Ersten Weltkrieg und beim Wiedererstarken des Nationalismus in seinen faschistischen und nationalsozialistischen Ausprägungen vor dem Zweiten Weltkrieg bei ihrem dritten Anlauf zu entweder ihrer bisher größten Katastrophe oder aber zu einer erstmaligen Entzauberung des zu Lösungen unfähigen Nationalismus, bevor es noch zum Äußersten kommt.

Was ist angesichts dieser Übermacht von bereits bestehenden und weiter zunehmenden länderspezifischen und globalen nationalistischen Einengungen an Handlungsspielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten überhaupt noch übrig? Vor allem, den Widerstand dagegen auf neue Grundlagen stellen zu müssen.

Im Mai des vergangenen Jahres wurde von allen bundesweit ausgerichteten österreichischen Autorinnen- und Autorenorganisationen und den Berufsverbänden Deutschlands, der Schweiz und Südtirols mit einem den politischen Sprachgebrauch begleitenden „Lexikon der demokratiefeindlichen Begriffe“ die Plattform „Der Wert der Demokratie“ (<https://wert-der-demokratie.at>) gegründet. Dieser Plattform gehört auch das Podium an. Sie ist die erste derartige großangelegte grenzüberschreitende gemeinsame Aktion von Autorinnen- und Autorenverbänden gegen den „Wandel der politischen Verhältnisse“ und die „zunehmende Abwertung demokratischer Instanzen und Errungenschaften“. Sie wird nicht die letzte bleiben können.

GERHARD RUISS, geb. 1951 in Ziersdorf/NÖ, Autor, Musiker,

Geschäftsführer der IG Autorinnen Autoren. Letzte Tonträger: *Du meine Schöne* 2017, *Gassenhauer* 2022 – Lieder nach Oswald v.

*Wolkenstein und Iagndwaunn amoi*, *Wiener Dialektlieder*, redpmusic 2024. Letzter Gedichtband: *Reimverbote*. *Auftragsdichtungen*, Keiper 2024. Auszeichnungen: *Würdigungspreis des Landes NÖ für Literatur* 2016, *Artmannpreisträger für Lyrik* 2020, *Weltmenschenpreis* 2024.